

Stellungnahme Zur Pressemitteilung der SPD vom 20.03.2025

Umgang mit Realschul-Anmeldungen

Bielefeld, den 20.03.2025

Stellungnahme des Stadtelternrats Bielefeld zur Pressemitteilung der SPD zur Mehrklassenbildung

Der Stadtelternrat Bielefeld nimmt mit Fassungslosigkeit und Sprachlosigkeit die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion sowie auch der Grünen und Linken zur Bildung zusätzlicher Klassen an der Gertrud-Bäumer-Realschule und der Luisenschule zur Kenntnis. Die in der Pressemitteilung der SPD geäußerten Bedenken gegen diese Maßnahme greifen aus unserer Sicht zu kurz und ignorieren die tatsächliche Notwendigkeit sowie die pragmatische Lösungskompetenz der Schulverwaltung.

1. Machbarkeit der Mehrklassenbildung ist geprüft

Die SPD argumentiert, dass die Einrichtung einer Mehrklasse zu erheblichen Konsequenzen für die Schulen führen könnte, insbesondere im Hinblick auf räumliche und personelle Ressourcen. Dabei wird übersehen, dass die Verwaltung bereits im Vorfeld die Machbarkeit dieser Maßnahme geprüft hat und sie in der Beschlussvorlage ausdrücklich als umsetzbar benennt. Die Bedenken hinsichtlich fehlender Kapazitäten stehen daher im Widerspruch zu den vorliegenden Erkenntnissen und der praktischen Erfahrung der Schulverwaltung.

2. Keine Gefährdung der Bosseschule – Zahlreiche Kinder ohne Platz

Die SPD verweist auf die Bosseschule als Beispiel einer Schule, die nicht ausreichend Anmeldungen erhalten habe. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze an den Realschulen insgesamt nicht ausreicht. Selbst wenn alle Realschulen der Stadt inkl. der beiden Mehrklassen bis auf den letzten Platz belegt werden, bleiben mindestens 42 Kinder übrig, die keinen Platz an ihrer gewünschten Schulform finden und auf andere Schulformen ausweichen müssen. Dies ist eine klare Tatsache, die durch die Ablehnung der beiden zusätzlichen Klassen nicht behoben, sondern auf 96 Kinder ohne Platz verschärft wird.

3. Gesamtschulen werden durch Mehrklassenbildung an Realschulen nicht gefährdet

Die SPD sieht durch die Mehrklassenbildung eine Bedrohung für die Gesamtschulen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass sich im o. g. Szenario mit stadtweit 42 bzw. 96 fehlenden Plätzen auch 86 Familien finden müssten, die bereit sind, ihren Kindern die erheblichen Fahrzeiten aus den Außenbezirken nach Senne oder Brackwede zuzumuten. Dies ist jedoch ein unrealistisches Szenario. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sich mit jedem Kind, das nicht nach Senne / Brackwede pendelt, die Zahl der Bewerbungen an Gesamtschulen faktisch erhöht. Eine Schwächung der Gesamtschulen durch die Mehrklassenbildungen ist daher nicht erkennbar.

4. Soziale Gerechtigkeit bedeutet Wahlfreiheit, nicht Zwang

Die SPD argumentiert, dass die Ablehnung der Mehrklassenbildung eine Frage des sozialen Zusammenhalts sei. Der Stadtteilernrat Bielefeld sieht das Gegenteil als den Fall: Es ist kein sozialer Zusammenhalt, wenn knapp 100 Kinder keinen Platz an der von ihnen und ihren Eltern gewünschten Schulform bekommen. Statt den Elternwillen ernst zu nehmen und eine praktikable Lösung zu ermöglichen, lehnt die Koalition den Vorschlag des Amts für Schule zur Mehrklassenbildung an der Gertrud-Bäumer-Realschule und der Luisenschule ab. Das ist kein Beitrag zu sozialem Zusammenhalt, sondern eine Missachtung der Bedarfe der Familien.

5. Pragmatismus bedeutet, bestehende Lösungen zu nutzen

Die SPD fordert pragmatische und langfristige Lösungen. Die Mehrklassenbildung ist genau das: eine Maßnahme, die dem Elternwillen entspricht, am realen Bedarf ausgerichtet ist und trotzdem eine hohe Anzahl an Ablehnungen zur Folge haben wird, die wiederum zu einer stärkeren Nachfrage an Gesamtschulen führen wird. Statt einer ablehnenden Haltung wäre es zielführender, eine nachhaltige Schulentwicklungsplanung zu gestalten, die sowohl kurzfristige Engpässe bewältigt als auch langfristige Lösungen schafft.

6. Bildungsqualität wird nicht gefährdet

Im letzten Absatz der Pressemitteilung wird behauptet, dass die Bildung der beiden Mehrklassen die Bildungsqualität gefährden würde. Der Stadtteilernrat Bielefeld sieht diese Einschätzung nicht belegt. Die Verwaltung hat in ihrer Beschlussvorlage dargelegt, dass die Einrichtung von Mehrklassen möglich ist. Es ist davon auszugehen, dass das Amt für Schule die Mehrklassenbildung als Schulträger nur dann vorschlägt, wenn die Qualität darunter nicht leidet. Zudem ist die Maßnahme keine Verschleppung der Problemlage, sondern eine direkte Reaktion auf die Wünsche der Eltern und die realen Bedarfe. Die beste Schulbildung für Kinder ergibt sich nicht aus politischer Zurückhaltung, sondern aus der Bereitschaft, praktikable Lösungen umzusetzen.

Fazit:

Der Stadtteilernrat Bielefeld fordert die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken auf, die Argumente der Eltern ernst zu nehmen und die Ablehnung der Mehrklassenbildung rückgängig zu machen. Die Mehrklassenbildung ist eine sinnvolle Maßnahme, um den akuten Platzmangel an Realschulen zu entschärfen, ohne das Gesamtschulsystem oder andere Schulstandorte zu gefährden. Der soziale Zusammenhalt wird durch die Ablehnungen nicht gestärkt, sondern durch die Missachtung des Elternwillens verschlechtert.

Mit freundlichen Grüßen,
der Vorstand des Stadtteilernrat Bielefeld e.V.